

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

34. Jahrgang / 218

14. November 1979

Willy Brandt MdB, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, würdigt das Godesberger Programm als Auftakt für die Regierungsfähigkeit der SPD in Bonn.

Seite 1/2

Ulrich Hartmann MdBü, Vorsitzender der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion, fragt nach den tatsächlichen Interessen der CDU bei der Aufklärung des Hamburger Giftskandals.

Seite 3

Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover, sieht in der Städtepartnerschaft zwischen Poznan (Posen) und Hannover einen Beitrag zur Ausfüllung des deutsch-polnischen Vertrages.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Godesberg nicht verspielen

Vor 20 Jahren verabschiedete die SPD ihr Godesberger Programm

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 15. November 1959, also morgen vor zwanzig Jahren, beschließen die Delegierten eines außerordentlichen Parteitages gegen 16 Stimmen ein neues Programm der deutschen Sozialdemokraten. "Neu" im Sinne eines geschichtlichen Vergleichs - für viele der Beteiligten ist es die erste präzise Zusammenfassung sozialdemokratischer Programmatik.

Im Godesberger Verständnis ist Sozialismus entfaltete Demokratie. Wenn man gelegentlich hören konnte, Godesberg habe "Verzicht auf Sozialismus" zu bedeuten, so beruht dies auf einem schwerwiegenden Mißverständnis:

In Wirklichkeit spricht unser Programm von jener Gesellschaft, welche "die Sozialisten" erstreben: "Sozialismus" wird als eine dauernde Aufgabe interpretiert: "Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren". Auf deutschem Boden, heißt es zum Schluß, "sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands". Für den groben Unfug, Sozialdemokraten und demokratische Sozialisten als etwas Unterschiedliches darzustellen, gibt es hier keine Grundlage.

Auch auf die Gefahr der Mißdeutung hin: Die eigentliche Tragweite von Godesberg erschließt sich uns doch wohl erst im Licht dessen, was kam, im Licht der zweimal zehn Jahre, die folgten. Und das meint ja auch Carlo Schmid, wenn er in seinen fast noch druckfrischen Memoiren von der Godesberger Entscheidung als einem Auftakt spricht, gleichsam einem Signal.



Ein noch so gutes Programm macht keinen Wahlsieg. Es kann allerdings dazu beitragen. Und Godesberg hat die Voraussetzungen für weitreichende politische Veränderungen geschaffen.

Das moderne Programm hat die SPD befähigt, in soziale Schichten vorzustößen, die ihr durchweg verschlossen waren. Godesberg symbolisiert also die Wandlung in eine zugleich traditionsbewußte, grundwertegebundene und auf ein Programm der sozialen Demokratie bezogene fortschrittliche, also "linke" Volkspartei.

Manchmal hat man den Eindruck, es gebe Leute, die "Godesberg" gleichsam aus seiner geschichtlichen Situation herausnehmen möchten. Und die so tun, als sei mit Godesberg die SPD ein für allemal fortschrittlich und mehrheitsfähig dazu.

Man ist nicht fortschrittliche und mehrheitsfähige Volkspartei ein für allemal, weil sich die gesellschaftlichen (objektiven und bewußtseinsmäßigen) Verhältnisse ständig verändern. Wer wollte leugnen, daß sich die Verhältnisse in den letzten beiden Jahrzehnten stark verändert haben. Und daß das Tempo des Wandels noch zuzunehmen scheint.

Heute mehrheitsfähig zu sein, kann natürlich nicht bedeuten, 1959 einfach noch einmal passieren zu lassen. Godesberg gilt, es ist nicht überholt, aber es bestimmt in weiten Bereichen mehr das Ob als das Wie.

Godesberg ist - gerade jetzt - die Verpflichtung zur Offenheit, zur umfassenden Gesprächsbereitschaft. Wenn wir uns verkröchen oder einigeltten - wir hätten Godesberg verspielt.

Die Rückbesinnung auf Godesberg führt uns mitten hinein in die schwere, hoffentlich nicht zu schwere Aufgabe, politische Heimat zu bleiben für den Facharbeiter und für diejenigen, die seinen Stand erst noch erreichen möchten, und für diejenigen, die ein Stück weiteren Aufstiegs hinter sich haben und nicht zuletzt auch für die, die verzweifelt sind, suchen und hoffentlich nicht auch an uns verzweifeln.

Dies alles zu tun, ohne die Konturen zu verlieren, das wird nicht leichter, sondern schwerer. Aber sozialdemokratische Politik bedeutet eben auch, wenn ich es recht verstanden habe, uns etwas aufzuladen, damit vielen anderen etwas von ihrer Last genommen wird.
(-/14.11.1979/va-he/hgs)



Giftaffäre in Hamburg

Statt Sachaufklärung will Hamburgs CDU parteipolitisches Süppchen kochen

Von Ulrich Hartmann MdB

Vorsitzender der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion

Drei Tage nachdem die Bürgerschaft einstimmig einen Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Ursachen und Konsequenzen des Giftgas- und Munitionsskandals auf dem Gelände der Firma Stoltzenberg eingesetzt hatte, wußte Hamburgs CDU schon den Schuldigen: Bürgermeister Hans-Ulrich Klose. Die CDU forderte seinen Rücktritt und brachte einen Mißtrauensantrag in der Bürgerschaft ein. Der Untersuchungsausschuß hatte noch gar nicht mit seinen Beratungen begonnen... Selbst CDU-Bürgermeisterkandidat Erik Blumenfeld kritisierte daraufhin seine Parteifreunde in der Bürgerschaft.

Schon dieser Anfang macht deutlich, daß es der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit dem Untersuchungsausschuß offensichtlich weniger um Sachaufklärung als vielmehr darum ging, Personen zu treffen und ein parteipolitisches Süppchen zu kochen.

Die bisherigen Beratungen im Untersuchungsausschuß bestätigen dies: Die CDU will vom eigentlichen Untersuchungsthema ablenken und lieber Hintertreppengeschichten aus dem Rathaus nach dem Motto "Wer hat wann, was, wem gesagt" nachgehen. Ziel: Den Bürgermeister in Verruf zu bringen.

Der SPD geht es im Untersuchungsausschuß vordringlich um folgende Fragen:

Wie konnte es geschehen, daß die chemische Fabrik des Dr. Stoltzenberg und des Herrn Leuschner jahrzehntelang mit Gift wie mit Gurkenfässern, Senfgläsern und Bonbongläsern herumhantieren konnten?

Mußten die Behörden, die ja auch durch ihre Vertreter mehrmals vor Ort auf dem Gelände waren, nicht tätig werden und alles unternehmen, um die vom Fabrikgelände ausgehenden Gefahren zu erkennen und dann auch wirksam zu beseitigen?

Gibt es tatsächlich im hamburgischen Verwaltungsapparat derartig große Strukturängel, die es möglich machten, daß die eine Behörde nicht wußte, was die andere tat und umgekehrt?

Kennzeichnend für die Einstellung der CDU ist die Tatsache, daß sie das Verhalten der Firma Stoltzenberg - gegen welche Gesetze und Bestimmungen diese Firma nämlich verstoßen hat - gar nicht untersuchen wollte. Die Untersuchung dieser Frage ist aber absolut notwendig. Erst dann ergibt es nämlich einen Sinn zu prüfen, in welchem Umfang gegebenenfalls Behörden bei der Überprüfung versagt haben. Unternehmerisches Fehlverhalten, der eigentliche Ausgangspunkt des Giftskandals, wollten die Christdemokraten durch ihren Untersuchungsauftrag nicht aufklären. Das bringt schließlich keine parteipolitischen Vorteile. Stutzig macht auch, mit welcher Vehemenz die CDU sich dem SPD-Anliegen widersetzt hat, die Geschäftsbeziehungen der Giftfirma mit der Bundeswehr im Ausschuß zu untersuchen. Nachdem Geschäfte mit der Bundeswehr mit der Firma Stoltzenberg aus der Zeit von CDU/CSU-Verteidigungsministern bekannt geworden sind, stellt sich die Frage: Was will die CDU hier vertuschen?

Die SPD wird sich durch Ablenkungsmanöver der CDU und anderer nicht beeindrucken lassen. Der Untersuchungsausschuß wird seine Beratungen zügig (bisher schon mehr als zehn Sitzungen) und ohne Ansehen der Person weiterführen. Eventuelle Konsequenzen müssen gezogen werden, wenn der Sachverhalt wirklich aufgeklärt ist. (-/14.11.1979/ks/hgs)

+ + +



Den deutsch-polnischen Vertrag mit Leben erfüllen

Zusammenarbeit zwischen Hannover und Poznan ist besiegelt

Von Herbert Schmalstieg

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Fast sieben Jahre bemühte sich die Landeshauptstadt Hannover partnerschaftliche Beziehungen zu einer Stadt in Osteuropa zu knüpfen.

Ein entsprechender Antrag, von der SPD-Fraktion gestellt, verstand und versteht sich als Beitrag Hannovers zur Entspannungspolitik und zur Normalisierung der Beziehungen zu den Staaten der Völker Osteuropas. Das war die logische Folge, nachdem Hannover bereits sehr früh nach dem Kriege Städtepartnerschaften abgeschlossen (1947 Bristol, 1960 Perpignan und 1966 Rouen) und sich daraus eine enge Zusammenarbeit mit den west-europäischen Städten entwickelt hatte.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde 1972 im Rat der Stadt kontrovers diskutiert und gegen die Stimmen der CDU verabschiedet; die CDU forderte 1972, wenn Städtepartnerschaften mit osteuropäischen Städten, dann auch Partnerschaften mit Städten in den damals noch faschistisch regierten Ländern Spanien und Portugal.

Nach dem Ratsbeschluß von 1972 konzentrierten sich sehr bald die Bemühungen, Poznan (Posen) in der Volksrepublik Polen zu gewinnen. Erste Kontakte ergaben sich durch Besuche bei der Posener Messe. Es folgten Einladungen des Stadtpräsidenten von Poznan und es begannen die Vorbereitungen für die Durchführung einer "Woche der Begegnung" mit der Volksrepublik Polen in Hannover.

Zwischen Poznan und Hannover gibt es viele Vergleichsmöglichkeiten. Nicht nur, daß beide Städte Messestädte sind, daß die Pflege des öffentlichen Grüns einen besonderen Stellenwert in beiden Städten hat, daß Poznan und Hannover Universitätsstädte sind, sondern daß auch Fragen der Wirtschaftsstruktur, des kulturellen Lebens und des Sports die Grundlagen für enge Kontakte bieten.

Anläßlich der "Woche der Begegnung" mit der Volksrepublik Polen in Hannover wurden in unserer Stadt über 90 verschiedene Veranstaltungen mit mehr als 60.000 Besuchern durchgeführt. Hannoversche Hockey-Spieler, der Knabenchor Hannover, Studenten der Technischen Universität vereinbarten Austausch und 1977 wurde mit Abschluß eines Vertrages zwischen der Föderation der polnischen Jugendverbände in Poznan und dem hannoverschen Stadtjugendring der erste Vertrag dieser Art zwischen Städten in den beiden Staaten geschlossen, nachdem bereits 1972 eine Delegation des Stadtjugendrings und der Abteilung Jugendpflege der Landeshauptstadt Hannover eine Informationsreise durch Polen unternommen hatte. 1978 wurden bereits fünf Begegnungen zu unterschiedlichen Themen durchgeführt.

Als 1978 der Stadtpräsident Sleboda und der Vizepräsident der Wojewodschaft Zysnarski aus Poznan in Hannover waren, wurde über die Formulierung einer Rahmenvereinbarung sehr schnell Einigkeit erzielt. Auf allen Gebieten soll die kulturelle



Tätigkeit verstärkt und vertieft werden. Direkte Kontakte und Erfahrungsaustausch zwischen Organisationen, Instituten sollen sich entwickeln; im Bauwesen, Kultur- und Sportwesen, Rettungswesen, Schulwesen, Sozialwesen und beim Umweltschutz. Aber nicht nur offizielle Kontakte oder Besuchergruppen sind Grundlage einer solchen Zusammenarbeit, sondern im Rahmen der Möglichkeiten sind auch Kontakte zwischen einzelnen Bürgern beider Städte vorgesehen.

Beide Vertragspartner waren sich einig: Eine Zusammenarbeit kann nur dann mit Leben erfüllt und sinnvoll ausgeführt werden, wenn sie von der Bevölkerung getragen und von den Verantwortlichen tatkräftig unterstützt wird. Gerade die Begegnungen zwischen den Bürgern führen dazu, daß die Menschen, in dem sie sich besser kennenlernen, mehr Verständnis für die Lebenssituation, die Sorgen und Probleme des anderen finden.

Dabei bestand Übereinstimmung mit dem Posener Stadtpräsidenten, daß der Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen unserer Städte besondere Bedeutung zukommt, denn die Jugend ist es, die die Zukunft und damit auch die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten gestalten wird.

In einer Zusatzklärung zu der Rahmenvereinbarung hat die Stadt Hannover noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die ständige Zusammenarbeit zwischen Poznan und Hannover ein Bestandteil der Normalisierung zwischen Polen und der Bundesrepublik ist, und daß beide Städte den festen Willen haben, einen konstruktiven Beitrag zur Festigung der Prinzipien des Warschauer Vertrages leisten zu wollen.

Eine politische Tätigkeit, die dem Geist des Warschauer Vertrages zuwiderläuft, läßt sich nicht mit der Gestaltung von Vertrauensbeziehungen zwischen den beiden Städten vereinbaren. Beide Städte müssen auf der Grundlage des Kulturabkommens zwischen beiden Staaten Vorurteile, Mißtrauen und historische Aufschichtungen beseitigen. Deshalb mißt die Rahmenvereinbarung auch den Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland besondere Bedeutung zu.

In allen Gesprächen und Diskussionen mit unseren polnischen Partnern haben wir deutlich zu verstehen gegeben, daß wir als Kommune zwar nicht zuständig sind für die Durchsetzung der gemeinsamen Schulbuchempfehlungen, uns aber im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür einsetzen werden, daß die Schulbuchempfehlungen realisiert und respektiert werden.

Darüber hinaus hat die Stadt Hannover erklärt, daß sie nicht nur die staatlichen Verträge anerkennt, sondern daß sie alle Schritte unternimmt, damit die der Stadt unterstehenden Institutionen diese beachten und einhalten, und daß sie jeder politischen Tätigkeit im Rahmen der geltenden Mittel und Verfassungsordnung entgegengetreten wird, die dem Warschauer Vertrag zuwiderläuft.

Nachdem der Nationalrat der Stadt Poznan einstimmig und der Rat der Landeshauptstadt Hannover bei sieben Gegenstimmen der ausgehandelten Vereinbarung zugestimmt hatten, konnte die Rahmenvereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Poznan/Posen und der Landeshauptstadt Hannover am 29. Oktober in Poznan unterzeichnet werden.

Noch in diesem Jahr werden die beiden Vertragspartner ihre Gespräche in Hannover fortsetzen und ein umfassendes Austauschprogramm für 1980 festlegen.

(-/14.11.1979/ks/hgs)

